



## NIEDERSCHRIFT

### **2. Gemeinsame Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses und des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur der Stadt Weiterstadt**

11. Legislaturperiode 2021/2026

<b>am</b>	26. September 2024
<b>im</b>	Rathaus, Sitzungssaal Verneuil sur Seine, EG, Riedbahnstraße 6, 64331 Weiterstadt
<b>Beginn</b>	19:00 Uhr
<b>Ende</b>	22:13 Uhr

**Anwesende:**

**SPD-Fraktion**

Beil, Benedict  
Dittrich, Manfred  
Girardi, Donato  
Gürkan, Benjamin  
Gürtler, Iris  
Kurpiers, Christian  
Ludwig, Hannah  
Wunsch, Max

**CDU-Fraktion**

Brunner, Bernd  
Dürr, Ina  
Sehlbach, Sebastian

**ALW-GRÜNE-Fraktion**

Petri, Heinz-Ludwig  
Pohl, Barbara, Dr.  
Wächter, Gunter

**FWW-Fraktion**

Lorenz, Lydia  
Weldert, Kurt

**Magistrat**

Berger, Manfred  
Hamm, Udo, Dr.

Hasenauer, Josef  
Klein, Jutta  
Mager, Philipp  
Mikloss, Boris  
Möller, Ralf

**Ausländerbeirat**

Pennisi-Maniaci, Rosa

**Seniorenbeirat**

Benz, Werner

**Schriftführung**

Wilhelm, Monika

**Verwaltung**

Aussmann, Tanja  
Immoos, Maximiliaan  
Krug von Nidda, Ariane  
Krüger-Haas, Ariane  
Nühs, Simone  
Ries, Markus  
Stark, Rüdiger

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses, Kurt Weldert, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	<b>Drucksache</b>
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses und des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur vom 18. März 2024	
2. Bericht des Bürgermeisters zur aktuellen Finanzlage der Stadt Weiterstadt sowie zu weiteren aktuellen Themen	
3. Neufassung der Benutzersatzung der städtischen Kindertageseinrichtungen und Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtungen	11/0763/1
4. Reduzierung von Plätzen und Schaffung inklusiver Kitas	11/0760/1
5. Energetische Sanierung awo Kita Sternenzauber	11/0772/1
6. Antrag auf Förderung im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt	11/0782/1

7. Künftige Nutzung des Alten und Pflegeheims Ohlystift "Zukunftsfrage"	11/0774/1
7.1. Anfrage der CDU-Fraktion; Fragenkatalog Ohlystift	11/0774/2
7.2. Fragenkatalog Ohlystift; Beantwortung der Anfrage	11/0774/3

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses und des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur vom 18. März 2024**

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird festgestellt.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Bericht des Bürgermeisters zur aktuellen Finanzlage der Stadt Weiterstadt sowie zu weiteren aktuellen Themen**

Bürgermeister berichtet ausführlich über die momentane finanzwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Weiterstadt und deren Auswirkungen auf die Handlungsweise in der Verwaltung in der kommenden Zeit.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Neufassung der Benutzersatzung der städtischen Kindertageseinrichtungen und Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtungen**

**Vorlage: 11/0763/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. September 2024 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur überwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses, Kurt Weldert, schlägt vor, zuerst über die neue Gebührensatzung und dann im Anschluss über die Benutzersatzung zu diskutieren und über die bereits vorliegenden Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge von CDU, SPD und FWW zu beschließen. Dem wurde nicht widersprochen.

Zur neuen Gebührensatzung gibt es seitens aller Fraktionen Redebeiträge und Fragen wurden seitens der Verwaltung beantwortet. Änderungsanträge zur Gebührensatzung gibt es nicht.

Zur neuen Benutzungssatzung gibt es seitens aller Fraktionen Redebeiträge und Fragen werden seitens der Verwaltung beantwortet. Die vorliegenden Anträge beziehen sich zum einen auf die Inhalte der Benutzungssatzung aber auch auf die Beschlussvorlage an sich. Neben den vorliegenden Anträgen werden seitens der SPD Fraktion noch weitere Anträge im Rahmen der Beratung gestellt.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses schlägt vor die einzelnen Anträge nacheinander zu beschließen

.

Nachfolgend die Beschlüsse der einzelnen Anträge:

**Änderungsantrag 1 der CDU-Fraktion:**

In drei Betreuungseinrichtungen (eine im Bereich Schneppenhausen/Gräfenhausen, eine in Weiterstadt und eine in Braunshardt) bleiben die bisherigen Betreuungszeiten von 7:00 Uhr bis 17:00 Uhr erhalten. § 4 Absatz 2 ist dann dementsprechend anzupassen.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen (3 CDU, 3 ALW-Grüne)  
10 Nein-Stimmen (2 FWW, 8 SPD)

Damit ist der Änderungsvorschlag mehrheitlich abgelehnt.

**Änderungsantrag 2 der CDU-Fraktion:**

Der neue § 5 Absatz 2 Aufnahmeverfahren wird gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Änderungsantrag 3 der CDU-Fraktion:**

Die beiden Worte ‚im Zweifelsfall‘ in § 5 Absatz 8 werden gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Änderungsantrag 4 der CDU-Fraktion:**

Der letzte Satz von § 6 Absatz 1 wird gestrichen

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

In Verbindung mit diesem Antrag bittet die SPD-Fraktion um die Aufnahme der folgenden Protokollnotiz ins Protokoll:

Die Verwaltung wird gebeten, die Konzepttage möglichst frühzeitig den Eltern bekanntzugeben. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob diese Konzepttage nicht während den allgemeinen Schließtagen erfolgen können. Auch wird die Verwaltung gebeten, nach Möglichkeiten zu suchen, einen Notdienst an den Konzepttagen einzurichten.

**Änderungsantrag 5 der FWW-Fraktion:**

Es ist die bisherige Betreuungszeit 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr wieder unter Punkt b) aufzunehmen. Der neue Punkt b) lautet 7.00 – 14.00 Uhr bzw. 8.00 bis 15.00 Uhr

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen (3 CDU, 3 ALW-Grüne, 2 FWW)  
8 Nein-Stimmen (8 SPD)

Bei Stimmgleichheit ist der Änderungsantrag damit abgelehnt.

**Änderungsantrag 6 der FWW-Fraktion:**

§6, Punkt (1), 2. Absatz

Für den Zeitraum der Schließung in den Sommerferien werden 75 Plätze in einem der städtischen Kindertageseinrichtungen eingerichtet, die in besonderen Härtefällen **in Absprache mit den freien Trägern auch trägerübergreifend** während der Sommerschließung die Betreuung der Kinder ermöglicht. Die Vergabe dieser Plätze erfolgt nach Antrag. Der Standort der Einrichtung, in dem die Betreuung während der Ferienschließung stattfindet, wird jährlich von dem Magistrat festgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Änderungsantrag 7 der SPD-Fraktion:**

Die Betreuungszeit ist für Freitags auf 15.30 Uhr festzulegen.

Daher lautet der Punkt d), Absatz B, §4 neu wie folgt:

d) montags bis donnerstags 7:00 – 16:00 Uhr, freitags 7:00 – 15:30 Uhr

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen (8 SPD)

8 Enthaltungen (3 CDU, 3 ALW-Grüne, 2 FWW)

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Einen Ergänzungsantrag von SPD- und FWW- Fraktion erfolgt noch zum Beschlussvorschlag des Magistrates. Dieser lautet:

3. Die durch die neue Benutzersatzung zu erwartenden Personalreduzierungen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.
4. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Benutzungssatzung vorzunehmen.

Ein weiterer Ergänzungsantrag wird seitens der SPD-Fraktion aus der Diskussion herausgestellt. Dieser lautet:

5. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Kindertageseinrichtungen für private Betreuung durch Eltern an Randzeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Da Einzelabstimmung zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages gewünscht wird, schlägt der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vor, die Abstimmung des Ergänzungsantrags gemeinsam mit dem Beschlussvorschlag des Magistrates abzustimmen. Dabei wird eine redaktionelle Anpassung des Beschlussvorschlages vorgenommen.

**Der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

Die als Anlage beigefügte

1. Neufassung der Benutzersatzung der städtischen Kindertageseinrichtungen wird mit den im gemeinsamen Ausschuss HFD/SSK beschlossenen Änderungen beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen (2 FWW, 8 SPD)  
6 Nein-Stimmen (3 CDU, 3 ALW-Grüne)

2. Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen (CDU, FWW, SPD)  
3 Nein-Stimmen (ALW-Grüne)

3. Die durch die neue Benutzersatzung zu erwartenden Personalreduzierungen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen (CDU, FWW, SPD)  
3 Enthaltungen (ALW-Grüne)

4. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Benutzungssatzung vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

5. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Kindertageseinrichtungen für private Betreuung durch Elterninitiativen zur Verfügung gestellt werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Die Neufassung der Benutzersatzung der städtischen Kindertagesstätten wird mit den im gemeinsamen Ausschuss HFD/SSK beschlossenen Änderungen beschlossen.
2. Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten wird in der vorliegenden Form beschlossen.
3. Die durch die neue Benutzersatzung zu erwartenden Personalreduzierungen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.
4. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Benutzungssatzung vorzunehmen.
5. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Kindertageseinrichtungen für private Betreuung durch Eltern an Randzeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Beide Satzungen treten zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Ergänzend zur DS stellt die CDU-Fraktion noch die folgenden Fragen, mit der Bitte, die Antworten im Protokoll als Protokollnotiz festzuhalten:

1. Gilt die Satzung auch in Gänze für die freien Träger oder schränken die einzelnen Betreiberverträge die Satzung (z. B. bei den Schließzeiten) ein?

In den jeweiligen Verträgen mit den freien Trägern ist prinzipiell die Orientierung an der jeweilig gültigen Satzung der Stadt Weiterstadt gegeben.

2. Kann man sein Kind morgens (z. B. bis 8:00 Uhr) noch für das Mittagessen abmelden und muss daher diese Verpflegungskosten nicht tragen?

Der aktuelle Caterer der kommunalen Krippen und Kitas lässt nur eine wöchentliche Bestellung zu. Bei einer spontanen Abmeldung morgens müssten somit die Verpflegungskosten die Eltern oder die Stadt tragen.

3. Ist ein personeller Mehraufwand zu berücksichtigen, wenn die Öffnungszeit freitags auf 15:30 Uhr festgelegt wird?

Da der gesetzliche Personalbedarf innerhalb des Zeitfensters „35 bis unter 45 Wochenstunden“ berechnet wird, ist gesetzlich kein zusätzlicher Personalbedarf einzuplanen.

Realer Mehrbedarf von **ca. 15 Wochenstunden** ergibt sich jedoch durch den tatsächlichen Einsatz zur Mehrbetreuung freitags 15:00 Uhr bis 15:30 Uhr allein in den kommunalen Krippen und Kitas.

#### **Tagesordnungspunkt 4** **Reduzierung von Plätzen und Schaffung inklusiver Kitas** **Vorlage: 11/0760/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. September 2024 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur überwiesen.

Zu der Drucksache gibt es seitens aller Fraktionen Redebeiträge und Fragen werden seitens der Verwaltung beantwortet.

Es liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD- und FWW- Fraktion vor der die Beschlussvorlage des Magistrates ergänzen soll.

Der Änderungsantrag lautet:

3. Die durch die Maßnahme zu erwartenden Personalreduzierungen von 6,5 Stellen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.
4. Die entsprechenden Honorarmittel für externe Kräfte für die Einrichtung „inklusive KiTas“ sind in Höhe von 100.000 Euro im HH 2025 einzuplanen.
5. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Maßnahme vorzunehmen.

Da Einzelabstimmung zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages gewünscht wird, schlägt der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vor, die Abstimmung des Ergänzungsantrags gemeinsam mit dem Beschlussvorschlag des Magistrates abzustimmen.

1. Plätze in beengten Kita-Räumlichkeiten werden zum 1. Januar 2025 reduziert.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

2. Kitas, in denen mind. 60% aller Kinder Migrationshintergrund haben, werden beauftragt, neue Wege der Inklusion zu erproben. Sie erhalten hierfür eine Platzreduzierung und eine entsprechende Umwandlung „Geld statt Stelle“.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen (1 ALW-Grüne, 2 FWW, 8 SPD)

3 Nein-Stimmen (3 CDU)

2 Enthaltungen (2 ALW-Grüne)

3. Die durch die Maßnahme zu erwartenden Personalreduzierungen von 6,5 Stellen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.

**Abstimmungsergebnis:**

15 Ja-Stimmen (3 CDU, 2 ALW-Grüne, 2 FWW, 8 SPD)

1 Enthaltung (ALW-Grüne)

4. Die entsprechenden Honorarmittel für externe Kräfte für die Einrichtung „inklusive KiTas“ sind in Höhe von 100.000 Euro im HH 2025 einzuplanen.

**Abstimmungsergebnis:**

12 Ja-Stimmen (2 ALW-Grüne, 2 FWW, 8 SPD)

3 Nein-Stimmen (3 CDU)

1 Enthaltung (ALW-Grüne)

5. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Benutzungssatzung vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Plätze in beengten Kita-Räumlichkeiten werden zum 1. Januar 2025 reduziert.
2. Kitas, in denen mind. 60% aller Kinder Migrationshintergrund haben, werden beauftragt, neue Wege der Inklusion zu erproben. Sie erhalten hierfür eine Platzreduzierung und eine entsprechende Umwandlung „Geld statt Stelle“.
3. Die durch die Maßnahme zu erwartenden Personalreduzierungen von 6,5 Stellen werden im Stellenplan des Haushaltes 2025 umgesetzt und die entsprechenden Personalkosten abgeplant.



4. Die entsprechenden Honorarmittel für externe Kräfte für die Einrichtung „inklusive KiTas“ sind in Höhe von 100.000 Euro im HH 2025 einzuplanen.
5. Nach 2 Jahren ist eine Evaluierung der Benutzungssatzung vorzunehmen.

**Tagesordnungspunkt 5**  
**Energetische Sanierung awo Kita Sternenzauber**  
**Vorlage: 11/0772/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. September 2024 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur überwiesen.

Fragen seitens der Fraktionen werden seitens der Verwaltung beantwortet. Da aber keine eindeutige Aussage über die voraussichtlichen Kosten gemacht werden, wird seitens des gemeinsamen Ausschusses einstimmig beschlossen, die Drucksache im Ausschuss zu belassen. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, bis zur nächsten Ausschusssitzung die Kosten für die einzelnen Gewerke zu ermitteln und darzulegen, ab wann eine Sanierung nicht mehr rentabel ist. Ein Vor-Ort-Termin mit dem Architekten zur weiteren Klärung ist gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Tagesordnungspunkt 6**  
**Antrag auf Förderung im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt**  
**Vorlage: 11/0782/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. September 2024 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur überwiesen.

Stellungnahmen werden von allen Fraktionen abgegeben sowie Fragen von der Verwaltung beantwortet.

Die Abstimmung verläuft wie folgt:

1. Der Antrag auf Aufnahme in das Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt wird zur Kenntnis genommen.
2. In Vorbereitung auf die Maßnahmen wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept zur Steuerung und zur externen Begleitung zu erarbeiten sowie die Bereitstellung von angemessenen Räumlichkeiten vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:**

12 Ja-Stimmen (2 ALW-Grüne, 2 FWW, 8 SPD)

3 Nein-Stimmen (3 CDU)

1 Enthaltung (1 ALW-Grüne)

3. Eine Übersicht über vergangene Projekte der Gemeinwesenarbeit in der Riedbahn wird zur Kenntnis genommen.

**Der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Der Antrag auf Aufnahme in das Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt wird zur Kenntnis genommen.
2. In Vorbereitung auf die Maßnahmen wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept zur Steuerung und zur externen Begleitung zu erarbeiten sowie die Bereitstellung von angemessenen Räumlichkeiten vorzubereiten.
3. Eine Übersicht über vergangene Projekte der Gemeinwesenarbeit in der Riedbahn wird zur Kenntnis genommen.

**Tagesordnungspunkt 7**

**Künftige Nutzung des Alten und Pflegeheims Ohlystift "Zukunftsfrage"**

**Vorlage: 11/0774/1**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. September 2024 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur überwiesen.

Folgender gemeinsamer Ergänzungsantrag der SPD- und FWW-Fraktion, der den Ursprungsantrag des Magistrats ersetzen soll, wird gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung steht für den Erhalt und den Ausbau von Alten- und Pflegeeinrichtungen in Weiterstadt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, den Betrieb des Alten- und Pflegeheims Ohlystift auch über den 31.12.2025 hinaus sicherzustellen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Verhandlungskommission unter Führung des Bürgermeisters und unter Mitwirkung der relevanten Fachbereiche zu bilden. Diese Verhandlungskommission hat das Ziel, die Konditionen einer Verlängerung des Betreiber-/Pachtvertrages mit der AWO um mindestens 3 Jahre (ab 01. Januar 2026) zu verhandeln. Des Weiteren sind die Konditionen einer weiteren langfristigen Vertragsverlängerung zu klären.

4. Als federführender Ausschuss wird der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss benannt. Diesem ist künftig laufend schriftlich zu berichten. Im Rahmen dieses Berichts ist darzulegen, wann der vorgesehene Standort für eine Senioreneinrichtung im Baugebiet Apfelbaumgarten II bebaut werden könnte.
5. Der Magistrat wird beauftragt, dem Haupt-, Finanz und Digitalisierungsausschuss eine zusammenfassende Information über die terminlichen, technischen und wirtschaftlichen Eckdaten des Betreiber-/Pachtvertrages sowie planerische und technische Unterlagen zum Gebäude Ohlystift vorzulegen.
6. Der Magistrat wird beauftragt, zukunftsfähige Konzepte für einen langfristigen Betrieb eines Alten- und Pflegeheimes zu entwickeln.

Der Vorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung steht für den Erhalt und den Ausbau von Alten- und Pflegeeinrichtungen in Weiterstadt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, den Betrieb des Alten- und Pflegeheims Ohlystift auch über den 31.12.2025 hinaus sicherzustellen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Verhandlungskommission unter Führung des Bürgermeisters und unter Mitwirkung der relevanten Fachbereiche zu bilden. Diese Verhandlungskommission hat das Ziel, die Konditionen einer Verlängerung des Betreiber-/Pachtvertrages mit der AWO um mindestens 3 Jahre (ab 01. Januar 2026) zu verhandeln. Des Weiteren sind die Konditionen einer weiteren langfristigen Vertragsverlängerung zu klären.
4. Als federführender Ausschuss wird der Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss benannt. Diesem ist künftig laufend schriftlich zu berichten. Im Rahmen dieses Berichts ist darzulegen, wann der vorgesehene Standort für eine Senioreneinrichtung im Baugebiet Apfelbaumgarten II bebaut werden könnte.
5. Der Magistrat wird beauftragt, dem Haupt-, Finanz und Digitalisierungsausschuss eine zusammenfassende Information über die terminlichen, technischen und wirtschaftlichen Eckdaten des Betreiber-/Pachtvertrages sowie planerische und technische Unterlagen zum Gebäude Ohlystift vorzulegen.
6. Der Magistrat wird beauftragt, zukunftsfähige Konzepte für einen langfristigen Betrieb eines Alten- und Pflegeheimes zu entwickeln.

**Tagesordnungspunkt 7.1**  
**Anfrage der CDU-Fraktion; Fragenkatalog Ohlystift**  
**Vorlage: 11/0774/2**

**Tagesordnungspunkt 7.2**  
**Fragenkatalog Ohlystift; Beantwortung der Anfrage**  
**Vorlage: 11/0774/3**

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 20. September 2024 wurde schriftlich beantwortet und liegt dem gemeinsamen Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss und Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur vor.

Kurt Weldert  
Vorsitzender

Lydia Lorenz  
stellv. Vorsitzende

Monika Wilhelm  
Schriftführung